

**A23 Familien gehören zusammen, Kinder gehören zu ihren Eltern.**

Antragsteller\*in: Christoph Krieger (KV Kiel) und Benita von Brakel-Schmidt (KV Flensburg)  
Tagesordnungspunkt: 3 Anträge

651 Familien gehören zusammen, Kinder gehören zu ihren Eltern. Diese Formel ist zu  
652 tiefst menschlich und ergibt sich überdies nicht nur aus unserem Grundgesetz  
653 (Art. 6 GG), sondern auch aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 8  
654 EMRK) und der Internationalen Kinderechtskonvention (Art. 16 KRK).

655 Jede Partei, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlt, sollte begreifen,  
656 dass diese Rechte universell sind und natürlich auch für Geflüchtete gelten.

657 Das Bundesverfassungsgericht und der europäische Gerichtshof für Menschenrechte  
658 haben in verschiedenen Urteilen klar aufgezeigt, dass die Bundesrepublik  
659 Deutschland keinen pauschalisierten Ausschluss von Familiennachzügen vornehmen  
660 darf. Die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten sieht  
661 jedoch exakt dies für sogenannte Geflüchtete mit eingeschränktem Schutzstatus  
662 vor.

663 Die Große Koalition versteckt sich dabei hinter einer völlig ungeeigneten  
664 Härtefallregelungen (§ 22 AufenthG), nach der bis Ende 2016 keine einzige Person  
665 in die Bundesrepublik Deutschland einreisen durfte und 2017 magere 95 Menschen  
666 mit Ihren Familien wiedervereinigt wurden.

667 Viele Geflüchtete habe sich auf das Versprechen verlassen, dass die zuvor  
668 geltende Regelung nach dem 18.März 2018 wieder in Kraft gesetzt wird. Obwohl das  
669 von der Bundesregierung gesteckte Ziel, durch die Aussetzung des  
670 Familiennachzuges den Zustrom von Asylsuchenden zu begrenzen, zwischenzeitlich  
671 erreicht ist, wurde diese Hoffnung jedoch bitter enttäuscht. Mit dem Gesetz zur  
672 Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär  
673 Schutzberechtigten, welches am 15. März 2018 in Kraft getreten ist, wird der  
674 Familiennachzug nicht nur bis zum 31. Juli 2018 weiter ausgesetzt, sondern für  
675 den Zeitraum danach auch noch auf 1000 Personen im Monat kontingentiert. Dies  
676 bedeutet für viele Betroffene eine jahrelange Wartezeit. Hierdurch werden  
677 Familien zerstört und Menschen wissentlich in Lebensgefahr gelassen! Dabei ist  
678 der Familiennachzug ein geeignetes migrationspolitisches Instrument, um Flucht  
679 sicher, geordnet und geregelt zu gestalten und auch die Integration in  
680 Deutschland zu befördern. Der Familiennachzug ist zudem das beste Mittel, um  
681 skrupellosen Schleppern die Geschäftsgrundlage zu entziehen.

682 Wir Grüne sind der Überzeugung, dass Inklusion nur gelingen kann, wenn  
683 anerkannten

684 Geflüchteten – und dies gilt auch für subsidiär Schutzberechtigte – auf  
685 unbürokratischem Wege der Familiennachzug ermöglicht wird, denn die Sorgen und  
686 Ängste um die Liebsten sowie die jahrelange Trennung von Familienangehörigen  
687 sind oftmals das größte Hindernis, um in der neuen Heimat anzukommen. Wer seine  
688 Familie nicht in Sicherheit weiß, kann sich nicht auf die neue Heimat einlassen  
689 und wird die Zurückweisung empfinden, die in der Verweigerung des Rechtes auf  
690 familiäre Einheit liegt.

691 Verzögerte oder gar verhinderte Inklusion sind die unumgängliche Folge und die  
692 Ursache für viele psychische Erkrankungen von Geflüchteten.

693 Deshalb hat sich die Landesregierung von Schleswig-Holstein im Koalitionsvertrag  
694 darauf verständigt, die Wartefristen zu verkürzen, statt sie auszusetzen und den  
695 Vermittlungsausschuss des Bundesrates angerufen, um die weitere Verschärfung des  
696 Familiennachzugsrechtes zu verhindern. Da diese Bemühungen bisher erfolglos  
697 blieben, ist es nur konsequent, nun auf Landesebene eine Möglichkeit zum  
698 erleichterten Familiennachzug von subsidiär Geschützten zu schaffen.

699 Die Landesaufnahmeprogramm der Länder für syrische (und zum Teil für irakische)  
700 Geflüchtete können einen sicheren und legalen Weg heraus aus dem Krieg und zur  
701 Zusammenführung der Familien darstellen. Diese sind somit für viele Menschen die  
702 letzte Hoffnung.

703 Wir bedauern es daher zutiefst, dass andere Bundesländer diese lebensrettenden  
704 Aufnahmeprogramme haben auslaufen lassen. Wir Grüne müssen uns dafür einsetzen,  
705 dort die Verantwortung zu übernehmen, wo wir sie mittragen: Schleswig-Holstein,  
706 Berlin, aber auch Brandenburg, Hamburg und Thüringen machen es vor!

707 Wir haben hier die Chance, zu unseren Worten zu stehen, unsere Überzeugung in  
708 Taten umzusetzen, Menschenleben zu retten und die Inklusion der Geflüchteten  
709 aktiv zu unterstützen.

710 Wir finden deshalb:

711 • Dass zumindest auch volljährige Kinder bei der Familienzusammenführung  
712 berücksichtigt werden müssen.

713 • Geschwister und deren Kinder sowie die Eltern berücksichtigt werden -  
714 unabhängig davon, ob sie in den syrischen Kriegsgebieten selbst oder in  
715 den Anrainerstaaten leben.

716 • Eine fünfjährige Verpflichtung, den Lebensunterhalt bei Bürgschaften zu  
717 übernehmen, für kaum jemanden tragbar ist. Wir wollen dies, wie z.B.  
718 Thüringen und Hamburg, zeitlich auf maximal zwei Jahre begrenzen.

719 • Das Land sollte auch weitere Kosten, wie z.B. Verkehrstickets, finanziell  
720 anteilig unterstützen, wenn diese der beruflichen oder gesamten  
721 Integration dienlich sind.

722 • Gesundheitskosten müssen weiterhin von der Verpflichtungserklärung  
723 ausgenommen werden, um die Kosten für die Verantwortungsgeber\*innen  
724 „überschaubar“ zu halten.

725 • Eine Stichtagregelung ist willkürlich und sollte zugunsten der  
726 Aufenthaltsdauer in Deutschland als bestimmendes Kriterium aufgegeben  
727 werden.

728 Wir fordern zudem andere Bundesländer – insbesondere mit Grüner  
729 Regierungsbeteiligung - dazu auf, sich diesen Ideen anzuschließen und sich dafür  
730 einzusetzen, Landesaufnahmeprogramme wieder aufzunehmen, wo diese bereits  
731 ausgelaufen sind.